



Für den Norden in Berlin



WAHLKREIS 1 DIREKT Nr. 1/2006

Wahlkreiszeitung Flensburg / Schleswig-Flensburg
von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Sehr geehrte Damen und Herren,



unsere Zeit ist geprägt von Veränderung, vom Wunsch und von der Notwendigkeit, bestehende Strukturen und Grundsätze zu hinterfragen, neue Möglichkeiten auszuloten. Dies geschieht auf allen Ebenen:

In den Kreisverbänden Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland wird die Zusammenarbeit intensiviert. Dabei geht es auch um Grundsätzliches: Am 11. November werden sich die drei Kreisausschüsse treffen, um über die Ausrichtung der SPD zu sprechen - über jene Werte, für die unsere Partei in Deutschland stehen muss und über Akzente, die wir aus dem Norden setzen wollen.

Auch in der Zusammenarbeit von Ländern und Bund müssen die Strukturen erneuert und Zuständigkeiten klarer verteilt werden: Für eine intensive Diskussion über die Frage, wie dies im Einzelnen ausgestaltet werden soll, kommen Bund- und Länderparlamentarier jetzt zu einer mehrtägigen Anhörung zusammen. Wichtig ist, dass der Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung Handlungsfähigkeit zurückgewinnt und gleichzeitig die Länderparlamente gestärkt werden.

Die Chance für eine echte Wertediskussion wird auch auf Bundesebene wahrgenommen. Die wichtigen Akzente, die

Matthias Platzeck zu Beginn der Programmdebatte setzte, dürfen dabei nicht verloren gehen. Ich bedauere sehr, dass er aus gesundheitlichen Gründen das Amt des Parteivorsitzenden abgeben musste. Mit Kurt Beck hat ein erfahrener Sozialdemokrat mit viel Nähe zur Basis das Ruder übernommen, der bewiesen hat, dass er auch in konservativen Hochburgen Mehrheiten für die SPD gewinnen kann. Jetzt muss unser gemeinsames Ziel sein, ein sozialdemokratisches Programm zu erarbeiten, das sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert, das Eigeninitiative stimuliert und Teilhabe schafft. In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute Ideen und intensive Debatten.

Ihr Wolfgang Wodarg

Themen dieser Ausgabe:

- Rente mit 67: Allheilmittel oder Ausbeutung?
- Termin: Diskussion zur Rente mit Franz Thönnies und Wolfgang Wodarg
- Erfahrung weitergeben: Der Senat beim SPD-Kreisvorstand Flensburg
- Phantom Vogelgrippe: Deutliche Worte wider die Panikmache
- Auszeichnung und Herausforderung: Der Einzug der elektronischen Gesundheitskarte in Flensburg
- Ein Kind auf Zeit: Gastfamilien für junge Amerikaner gesucht
- EU-Dienstleistungsrichtlinie: Weiter Druck nötig
- Mann, Austermann: Wie eine politische Farce den Naturschutz beschädigte
- Heilmittel her: Patienten, Ärzte und Therapeuten brauchen Sicherheit bei der Verordnung

Rente mit 67: Allheilmittel oder Ausbeutung?

Im Februar 2006 hat das Bundeskabinett die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre beschlossen. Den Plänen zufolge soll sich die Lebensarbeitszeit ab 2012 für jeden Geburtsjahrgang ab 1947 um einen oder zwei Monate verlängern, bis ab dem Jahr 2029 - also für alle Menschen, die nach 1963 geboren sind - das Renteneintrittsalter von 67 Jahren gilt.

Auf der einen Seite gibt es keinen Zweifel daran, dass unsere Rentenpolitik sich den veränderten gesellschaftlichen Rahmendaten anpassen muss. Dazu gehört die schöne Tatsache, dass wir Deutschen immer älter werden, weil sich die medizinischen Möglichkeiten, die Arbeits- und Umweltbedingungen kontinuierlich verbessert haben. Dazu gehört die traurige Tatsache, dass immer weniger Kinder geboren werden – und damit eine sinkende Zahl von Arbeitnehmern und Beitragszahlern immer mehr Rentnern und Pensionären gegenübersteht.

Auf der anderen Seite gelingt es schon heute nicht, älteren Menschen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu bieten – vor allem, weil Unternehmen zu wenig erfahrene Jobsuchende einstellen. Auch gesellschaftlich werden die Qualitäten und Qualifikationen Älterer noch immer nicht genügend anerkannt und genutzt. Erschreckend ist: (Zahlen Arbeitsmarktstatistik). Die „Initiative 50 plus“, mit der die Bundesregierung die Beschäftigungschancen Älterer verbessern will, ist zwar ein erster wichtiger Schritt, um diesen Missstand zu beheben – doch noch fehlt es vielfach an konkreten und Erfolg versprechenden Ideen zur Umsetzung des politischen Ziels und an tatkräftiger Unterstützung von Industrie, Gewerkschaften und Gesellschaft.

Aus diesem Grund glaube ich nicht, dass die Pläne des Bundeskabinetts zur Erhöhung des Rentenalters der einzige – und einzig richtige – Weg sind, den demografischen Herausforderungen zu begegnen. Zwar hat Franz Müntefering als sozialdemokratischer Arbeitsminister bereits erste wichtige

Diskussion in Flensburg

Sind die Rentenpläne des Bundeskabinetts die richtige Antwort auf die demographischen Herausforderungen? Und was müssen wir in unserer Gesellschaft und in unserer Wirtschaft verändern, damit Ältere die Chancen bekommen, die sie verdienen? Gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteiner MdB-Kollegen und Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, möchte ich Sie und Euch zu einer Diskussion über diese komplexen Fragen einladen: Am Dienstag, den 4. Juli 2006 um 19 Uhr im Restaurant Borgerforeningen (Holm 17, 24937 Flensburg, Tel. 0461/23385). Anmeldung wird erbeten: Per E-Mail an wolfgang.wodarg.ma12@bundestag.de oder per Fax an 030/227 76333.

Ausnahmebestände festgelegt: So sollen jene, die 45 Jahre oder mehr gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt haben, auch in Zukunft mit 65 Jahren in Rente gehen können. Und private Vorsorge wie die Riester-Rente soll staatlich so gefördert werden, dass sie ein echtes zweites Standbein bietet.

Wir müssen aber auch darüber nachdenken, wie wir jene angemessen behandeln, die besonders schwere Arbeiten verrichten. Ich habe auf Unternehmensbesuchen in unserer Region, so zum Beispiel in der Flensburger Werft, hautnah erleben können, welche Belastungen manche Arbeitsplätze mit sich bringen, und dass sie einem durchschnittlichen Mittsechziger kaum zugemutet werden können. Um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit menschenwürdig zu gestalten, müssen wir uns die vielen Betroffenen und ihre Arbeitsplätze genau anschauen und nach guten und gerechten Lösungen für sie suchen. Die Unternehmer stehen hier in der Pflicht, die Arbeitsbedingungen auch in anstrengenden Berufen so zu gestalten, dass eine längere Lebensarbeitszeit überhaupt realisiert werden kann.

Vor allem aber werden wichtige strukturelle Fragen in der Debatte noch immer ausgeklammert: So müssen wir uns endlich

der erschreckenden Tatsache stellen, dass die Lebenserwartung in Deutschland stärker vom Einkommen abhängt als in anderen europäischen Ländern. Eine aktuelle Rentenstudie offenbart, dass hierzulande Einkommensschwache durchschnittlich neun Jahre früher sterben als Einkommensstarke. Zum Vergleich: In skandinavischen Ländern beträgt der Unterschied nur zwei bis drei Jahre. Für unser Rentensystem bedeutet das: Ärmere Menschen zahlen die Renten von Besserverdienern mit!

Dieser Fakt steht in krassem Widerspruch zu dem ständig wiederholten Argument, unsere Rentenbeiträge und Lohnnebenkosten seien deshalb zu hoch, weil wir zu hohe soziale Ansprüche hätten und zu stark von oben nach unten umverteilten. Mit Selbstbewusstsein müssen wir Sozialdemokraten deshalb die Fakten benennen – und für eine wahrhaft grundsätzliche Reform unseres Rentensystems kämpfen.



Erfahrung weitergeben: der Senat beim Kreisvorstand Flensburg

Innovative Unternehmen und Organisationen denken um und wissen die Erfahrung ihrer älteren Mitarbeiter wieder zu schätzen. Für junge Existenzgründer ist die Institution der Seniorberater inzwischen eine nicht mehr wegzudenkende Hilfe. Lebenserfahrung und hohes fachliches Wissen sind zu einem neuen Wert geworden. Gerade in unseren Reihen, in der SPD, gibt es ein großes Potenzial, welches wir bisher sträflich vernachlässigt haben.

Aus dieser Überzeugung habe ich auf unserem letzten Kreisparteitag angeregt, so etwas wie einen „Ältestenrat“ zu gründen, der aus erfahrenen ehemaligen Mandats- und Funktionsträgerinnen und -trägern bestehen soll. Das Lebensalter spielt dabei keine Rolle. Aufgabe des Gremiums soll es sein, über das politische Tagesgeschäft hinaus zu denken, über alte und neue Werte in unserer Partei zu diskutieren, aber selbstverständlich auch aktuelle Themen zu erörtern und vor dem Hintergrund der vorhandenen Erfahrungen und Kenntnisse mit Kritik, Ratschlägen und Empfehlungen das politische Handeln unseres Kreisverbandes zu unterstützen.

Es handelt sich dabei nicht um eine neue SPD-Arbeitsgemeinschaft, sondern um ein ehrenamtliches Beratungsgremium: den Senat beim SPD-Kreisvorstand Flensburg. Am 5. Mai kommt er erstmals zusammen. Ich freue mich auf die neuen Impulse aus dem Senat – und werde in der nächsten Ausgabe darüber berichten!



Phantom Vogelgrippe: Deutliche Worte wider die Panikmache

Seit Monaten ist sie ein medialer Dauerbrenner: die Vogelgrippe und ihre vermeintlichen Auswirkungen auf unser Alltagsleben und unsere Gesundheit. Als Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag und als Arzt bin ich vielfach damit konfrontiert worden, welche Ängste und Sorgen die Darstellung des Themas in den Medien und in politischen Kreisen bei den Menschen auslöst – und welche Belastungen sie auch für unsere Region mit sich bringt.

Dabei sind die Ausbreitung der Vogelgrippe und auch die Infektion einzelner Menschen mit dem Virus nicht ungewöhnlich. In Ländern, in denen Menschen und Tiere auf engstem Raum und unter einfachsten hygienischen Bedingungen zusammenleben, kommt es immer wieder vor, dass tierische Erreger auf Menschen überspringen und Krankheiten auslösen (so genannte Zoonosen).

Normalerweise werden diese Zusammenhänge kaum analysiert. Doch aufgrund der immensen öffentlichen Aufmerksamkeit werden jetzt großflächig und international die Todesursachen von Vögeln und Übertragungswege auf den Menschen untersucht. Dennoch sind uns weltweit nur wenige hundert Fälle bekannt, in denen der Vogelgrippe-Virus auf einen Menschen übersprungen ist. Zum Vergleich: An den Folgen von grippalen Infekten, die durch menschliche Grippe-Viren ausgelöst werden, sterben in Deutschland alljährlich zwischen 10.000 und 20.000 Menschen.

Dass sich Viren verändern und gelegentlich auch gefährliche Kombinationen entstehen können, ist medizinisch eine altbekannte Tatsache, die bei jeder Grippe-Welle in Erinnerung gerufen wird. Neu ist, dass wir mit hochempfindlicher Diagnostik diese Vorgänge zeitnah

erkennen, beschreiben und zum Beispiel durch spezielle Impfkampagnen Abhilfe schaffen können. Das allerdings ist kein Anlass für Angst. Im Gegenteil: Wir können uns zu Recht sicherer fühlen als je zuvor.

In Bezug auf die Vogelgrippe kann ich als Arzt daher keine Entwicklung erkennen, die Anlass zur Panik gibt - oder es notwendig macht, jetzt im großen Stile Medikamente gegen eine Virusinfektion beim Menschen vorzuhalten. Hinter solchen Maßnahmen stehen vielmehr wirtschaftliche Interessen. Allein an den Lizenzen für das Grippemittel Tamiflu verdient nicht nur die Schweizer Firma LaRoche, sondern auch der amerikanische Lizenzgeber Gilead Science.

Einer der Haupteigentümer und ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von Gilead Science ist US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der schon im vergangenen Jahr millionenschwere Profite durch eine Panik-Kampagne in den USA einstreichen konnte. Es lohnt sich also, genauer hinzuschauen, wer aus der weltweiten Alarmstimmung Profit ziehen kann. Bedauerlich ist, dass die Medien dabei mitziehen und so ihre Auflagen und Einschaltquoten steigern. Ich sehe, dass Geschäfte gemacht werden mit der Angst der Menschen. Als Arzt aber sehe ich keine Neuigkeiten – nur eine Entwicklung, die absurde Ausmaße annimmt.

Die Konsequenzen auch für unsere Region sind schlecht: Nicht nur zieht jeder tote Vogel kosten- und arbeitsintensive Maßnahmen nach sich, die die ohnehin knappen öffentlichen Haushalte belasten. Auch für Geflügelhalter – und ganz besonders für die ökologisch denkenden – bringen die Ängste der Verbraucher und die Stallpflicht massive Gewinneinbußen und existentielle Sorgen mit sich. Ein Beispiel ist der Gänse- und Entenmastbetrieb Klingenhoff. 16.000 Gänse verkauft der Markerooper Anbieter bisher pro Jahr – doch jetzt steht er vor dem Aus. Denn Gänse lassen sich nicht im Stall halten; sie haben dann bis zu 70 Prozent weniger Nachwuchs, viele Tiere gehen ein. Eine Überdachung des acht Hektar großen Freigeheges der Klingenhoffs ist aber ebenso unmöglich.

Deshalb habe ich mich an den Bundesminister Horst Seehofer gewandt und eine Eilgenehmigung für Gänsehalter gefordert, die der Tierquälerei ein Ende setzt und das faktische Berufsverbot für die vielen betroffenen Produzenten aufhebt. Die Antwort steht noch aus...

Der Einzug der elektronischen Gesundheitskarte in Flensburg: Auszeichnung und Herausforderung

Noch vor Weihnachten 2005 stand fest: Flensburg wird eine von acht Modellregionen für die von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt initiierte und vom Bundestag Ende 2003 beschlossene Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Diese soll die herkömmliche Krankenkassenkarte ersetzen und findet parteiübergreifend Zuspruch. Ab Juni 2006 werden in jeder Modellregion elektronische Gesundheitskarten an bis zu 10.000 Versicherte ausgegeben und im Alltag getestet.

Doch was genau unterscheidet eine eGK von einer normalen Krankenkassenkarte? Neben sämtlichen Verwaltungsdaten kommt verpflichtend ein Foto des Versicherten hinzu, wodurch ein Kartenmissbrauch verhindert wird. Außerdem enthält die neue eGK eine Berechtigung zur Behandlung im europäischen Ausland und die Möglichkeit, Rezepte elektronisch auszustellen und somit das Papierrezept abzulösen. Freiwillig können die Karteninhaber auch medizinische Daten abspeichern lassen, so zum Beispiel die Arzneimitteldokumentation, welche Aufschluss über kürzlich eingenommene Medikamente gibt, oder der Notfalldatensatz mit Blutgruppe, Allergien, Impfstatus und anderen wichtigen Daten. Durch diese Daten können die Ärzte schneller einen Überblick über wichtige Gesundheitsinformationen des Patienten gewinnen und gezielter eingreifen. Außerdem können Arzneimittelunverträglichkeiten vermieden werden.

Ein zentraler Punkt der neuen eGK ist die Datensicherheit, denn ein Schutz vor unerlaubtem Zugriff auf die hochsensiblen medizinischen Daten muss in jedem Fall gewährleistet werden. Kritiker befürchteten eine hohe Missbrauchsgefahr der Daten. Um dies zu verhindern, werden zunächst alle freiwilligen Daten verschlüsselt, so dass sie nur von entsprechenden Kartenlesegeräten erkannt werden können. Des Weiteren wurde das Zwei-Schlüssel-Prinzip als Zugriffsmethode auf die medizinischen Daten festgelegt, bei dem der Zugriff erst erfolgen kann, wenn der Versicherte die Karte durch PIN-Eingabe freigibt und der Arzt sich mit seinem Heilberufsausweis als berechtigt ausweist. Einen solchen Ausweis

werden nur Ärzte, Zahnärzte sowie Apotheker bekommen. Ein Zugriff von andern, auch durch die Krankenkassen, ist nicht möglich.

Doch warum wurde Flensburg als Modellregion ausgewählt? Und was sind die Folgen dieser Wahl? Mitgewirkt an den Voraussetzungen für eine „Modellregion Flensburg“ haben viele Akteure vor Ort. Seit 1999 gibt es das gnw.fl, welches zwei Krankenhäuser, rund 180 Ärzte sowie Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung umfasst. Angeregt durch die „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ der Landesregierung wurde 2003 in den Einrichtungen des gnw.fl die elektronische Gesundheitskarte Schleswig-Holstein (eGK SH) eingeführt, auf der bereits medizinische Daten gespeichert werden.

Aufgrund des etablierten Projektes, welches in Deutschland einzigartig ist, wurde Flensburg ausgesucht. Die Wahl ist also in erster Linie eine Auszeichnung des bereits Geleisteten und der Beteiligten. Es ist aber ebenso die Chance für die Region, sich mit diesem System in Deutschland zu präsentieren und vorhandenes Knowhow zu vermarkten. Da Flensburg als erste Region mit dem 10.000er-Test beginnt, werden ab Juni viele Blicke in den Norden gehen.

Momentan steht man in Flensburg jedoch noch einer großen Hürde gegenüber – dem Vertragsabschluss über Inhalt, Zeitrahmen und Verantwortlichkeiten im Testablauf mit der gematik GmbH, die für die Einführung der eGK verantwortlich ist. In seiner jetzigen Form ist der Vertrag sehr problematisch für die Region, denn es gibt für alle Modellregionen denselben Vertrag, ohne dass auf Vorleistungen der Beteiligten Rücksicht genommen wird.

In Flensburg bedeutet dies, dass die bestehende Infrastruktur von der gematik GmbH übernommen wird, ohne dass finanzielle Leistungen an die Teilnehmer (Ärzte, Apotheken) gehen, die diese Infrastruktur aufgebaut und teilweise finanziert haben. In anderen Regionen wird die Anschaffung einer solchen Infrastruktur bezuschusst. Dadurch wird dem Projekt eGK SH jeder finanzielle Spielraum genommen, das Projekt langsam in die neue Situation zu überführen. Außerdem herrscht vor Ort der Eindruck, die Erkenntnisse aus dem Flensburger Projekt würden ignoriert, denn es sollen wieder Verfahren getestet werden, die sich als nicht praktikabel erwiesen haben.

Praktisch wird also der technologische Vorsprung Flensburgs von ungefähr einem Jahr durch den Vertrag missachtet. Unter diesen schlechten Voraussetzungen leidet die Akzeptanz der Teststufe bei allen Beteiligten. Es kann meines Erachtens nicht sein, dass wir im Norden wieder von Null beginnen sollen. Deshalb setzte ich mich als Vertreter der Nordregion in Berlin dafür ein, dass die Erfahrungen des Projektes nicht unter den Tisch fallen und für das deutschlandweite Projekt genutzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Vertragsverhandlungen zwischen der gematik GmbH und dem Land Schleswig-Holstein entwickeln und ob man eine Lösung findet, die das Flensburger Projekt weniger stark belastet.

Gastfamilien gesucht

Der Deutsche Bundestag und der Kongress der USA unterstützen mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm (PPP) junge Menschen dabei, ihren Traum von einem Schuljahr im Ausland zu erfüllen. Für rund 20 der Stipendiaten aus den USA sucht die Austauschorganisation „Youth for Understanding“ derzeit noch Gastfamilien. Das Austauschprogramm vermittelt Jugendlichen in beiden Ländern seit 1983 die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertevorstellungen beruht. 300 deutsche Schülerinnen und Schülern erhalten ein PPP-Vollstipendium für ein Jahr in den USA, während 250 US-amerikanische Jugendliche nach Deutschland kommen. Jeweils ein Bundestagsabgeordneter betreut als Pate einen der 15-17-jährigen Stipendiaten, ich tue dies für den Wahlkreis Flensburg-Schleswig. Gastfamilien müssen keine besonderen Voraussetzungen mitbringen, sondern einfach bereit sein, ein „Kind auf Zeit“ in ihr Leben zu integrieren. Fremdsprachenkenntnisse sind nicht erforderlich, da die Jugendlichen nicht nur die Kultur in Deutschland entdecken, sondern auch die deutsche Sprache lernen möchten. Familien und Paare, die Interesse haben, ab August eine Schülerin oder einen Schüler für ein Jahr aufzunehmen, können sich mit YFU telefonisch (040/22 70 02 – 0) oder per Mail (info@yfu.de) in Verbindung setzen. Weitere Informationen gibt's unter www.yfu.de und www.bundestag.de/ppp

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Weiter Druck nötig

Die sozialere Gestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie war das erklärte Ziel der DGB-Großdemonstration im Februar in Berlin. Mit starker Beteiligung aus dem Norden - fünf Busse hatten sich in Flensburg und Schleswig auf den Weg gemacht! - kam dieser Ruf bei den Entscheidungsträgern in Brüssel an.

Trotz des Erfolges ist weiterhin eine genaue Auseinandersetzung mit Dienstleistungsrichtlinie notwendig. Denn aus den neuen Beitrittsländern wird nach wie vor Druck auf die Europäische Union ausgeübt, viel Spielraum in der Gestaltung des Dienstleistungsmarktes, wie es in der Ausgestaltung von Bolkestein vorgesehen war, zu gewährleisten. Dies hätte, ähnlich wie die strikte Umsetzung des alten Herkunftslandprinzips, große Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot und die Sozialsysteme in den alten Beitrittsländern.



Dem Druck der neuen Beitrittsländer muss eine deutsche Position entgegengesetzt werden, die auch unzweideutig von der Bundesregierung verteidigt wird. Aus diesem Grund planen wir Parlamentarier für diesen Monat eine Anhörung, um der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungen im Rat der Europäischen Union die Eckpunkte der deutschen Position mitzugeben. Hierbei bin ich für den Bereich Gesundheit und vor allem für den noch sehr strittigen Bereich Pflege zuständig und werde mich für sozial durchdachte und ausgeglichene Lösungen einsetzen. Wir werden unsere Vorstellungen von einer gerechten und für das deutsche Sozialversicherungssystem tragbaren Dienstleistungsrichtlinie nicht aufgeben und dafür das Gewicht der deutschen Stimme in Europa nutzen.

Mann, Austermann!

„Naturschutz gefährdet Großprojekte“, „Aus für Olpenitz“ – die Überschriften der Tageszeitungen konnten einem wahrhaft Angst machen. Angeblich sollte das Projekt „Nationales Naturerbe“, mit dem bundesweit repräsentative Naturschutzflächen gebündelt und in eine Stiftung überführt werden sollten, die Anschlussnutzungen aller ehemaligen Bundeswehrstandorte Schleswig-Holsteins gefährden - auch in Olpenitz, wo die Planung für ein Feriendorf mit vielen Arbeitsplätzen längst weit gediehen ist. Panikkönig war Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, der sich lautstark über die Umwelt-„Scharfmacher“ aus Berlin ereiferte.

Bereits einen Tag später, nach Gesprächen mit Bundesumweltminister Gabriel und der für den Verkauf zuständigen BImA, konnte ich für den Standort an der Schlei Entwarnung geben – daraufhin vermeldeten auch die Zeitungen, dass „Port Olpenitz“ doch nicht gefährdet sei. Außer Spesen also nix gewesen? Doch. Für viele Menschen bleibt aufgrund der Meldungen im Gedächtnis haften, dass irgendwo in der Großstadt Berlin ein paar Öko-Spinner sitzen, die die Macht haben, eine Region und ihre Wirtschaftskraft mit ideologischen Gedankenspielen zu schwächen. Naturschutz gefährdet Wirtschaft und Arbeitsplätze – das wussten einige ja schon immer. Gut getan hat der Meldungsreigen den Verhandlungen und den Wirtschaftsunternehmen um Olpenitz mit Sicherheit nicht.

Aber der Verantwortliche sitzt – ganz bestimmt ohne Birkenstock-Sandalen – in Kiel. Komisch, was dieser Wirtschaftsminister alles nicht weiß: Dass die im Bund Verantwortlichen bei der Auswahl der Naturschutzflächen auf die Einschätzung der Landesbehörden bauen. Dass zwischen den Umweltministerien in Kiel und Berlin längst engster Kontakt besteht. Dass die regionalen Wirtschaftsbedingungen in der Planung eine große Rolle spielen. Oder wollte er es am Ende gar nicht wissen – weil sonst das populistische Spielchen mit dem Umweltschutz nicht so schön funktioniert hätte? Mann, Austermann! Dass Sie das nötig hatten...

Heilmittel her: Patienten, Ärzte und Therapeuten brauchen Sicherheit bei der Verordnung

Eine paradoxe Situation: Das Heilmittelbudget ist nicht reduziert worden – und dennoch stellen Ärzte immer weniger Verschreibungen aus, müssen Patienten auf dringend notwendige therapeutische Behandlungen verzichten.

Schleswig-Holsteinische Heilmittelerbringerverbände sprechen von Rückgängen um bis zu 40 Prozent, Ergo- und Physiotherapeuten sowie Logopäden organisieren gemeinsam mit Patienten Kundgebungen, um gegen die Verschreibepaxis zu protestieren – auch in unserer Region.

Grund für die Misere ist Verunsicherung: Unklare Vorgaben der Selbstverwaltungsgremien von Kassen und Ärzteschaft haben dazu geführt, dass viele Ärzte aus Angst vor Regressforderungen und Prüfverfahren medizinisch notwendige Heilmittel nicht mehr verordnen – zum Schaden ihrer Patienten.

Ich habe deshalb jetzt als Schleswig-Holsteiner Bundestagsabgeordneter und Arzt alle beteiligten Gruppen nach Kiel eingeladen, um über Lösungsansätze zu sprechen. Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen und Heilmittelerbringer diskutierten mit Ärzten und Landeselternvertretern. Schnell wurde deutlich, dass die neuen Richtgrößen vor allem jene Ärzte belasten, deren Fachgebiete besonders viele Heilmittelverschreibungen erfordern – so zum Beispiel HNO-Spezialisten oder Kinderärzte.

Ein zusätzliches Problem in Kindergärten und Schulen ist, dass die öffentliche Hand ihre Hilfsangebote immer weiter reduziert und so die Kosten für Sprachförderung und andere Maßnahmen auf die Krankenkassen abwälzt.

Entscheidend ist jetzt, dass KV und Kassen in Schleswig-Holstein zügig eine tragfähige Vereinbarung ausarbeiten, in der Praxisbesonderheiten berücksichtigt werden. Wir brauchen eine transparente Datenlage und Kriterien, an denen sich Ärzte orientieren können. Andere Regionen wie Nordrhein haben vorgemacht, dass dies machbar ist, indem Praxisverordnungen in den Verträgen berücksichtigt

werden. Deshalb freue ich mich, dass KV und Krankenkassen auf unserem Treffen vereinbart haben, sich schnell an einen Tisch zu setzen, um sich über die notwendigen Änderungen an der Richtgrößen-Vereinbarung zu verständigen und so die für Patienten und Heilmittelerbringer untragbare Situation schnellstmöglich zu beenden.

Impressum

Dr. Wolfgang Wodarg, Abgeordneter für den Wahlkreis Schleswig-Flensburg (WK 1) im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: wolfgang.wodarg@bundestag.de
Homepage: <http://www.wodarg.de>
Tel.: 030-227-73371
Fax: 030-227-76333

Wahlkreisbüro Flensburg
Große Str. 69
24937 Flensburg
Email: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
Tel.: 0461-97 888 20
Fax: 0461-97 888 65